

#SozialWählen

... DAMIT DEMOKRATIE LEBT

Unsere Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger:innen und vom verlässlichen Zugang zu staatlichen Leistungen. Vielfältige Angebote vor Ort von Engagierten, Vereinen, Initiativen oder Kirchengemeinden fördern Zusammenhalt und Integration. Eine starke soziale Infrastruktur, die für alle zugänglich ist, gibt Menschen Halt und stärkt das Vertrauen in die Demokratie. Ziel jeder Bundesregierung muss es daher sein, die Zivilgesellschaft zu fördern und Wohlfahrtsverbände gut auszustatten.

Engagement stärken

Die Gesellschaft wird zunehmend durch antidemokratische Stimmungen sowie durch zahlreiche innen- und außenpolitische Krisen herausgefordert. Gleichzeitig sind viele Menschen in der Zivilgesellschaft engagiert und tragen dazu bei, Brücken zu bauen und die Demokratie zu stärken. Viele dieser Engagierten sind in Projekten und Initiativen aktiv, die nur prekär abgesichert sind. Das führt zu einem Mangel an Motivation und immer wieder zur Beendigung wichtiger Projekte.

Lösungen:

- Träger und Projekte müssen finanziell und strukturell abgesichert werden. Mit stabilen finanziellen

Rahmenbedingungen sollen auch neue Formen von Engagement möglich gemacht werden. Ein Demokratiefördergesetz und damit eine stabile und nachhaltige Förderung von Projekten ist der richtige Weg.

- Mit einer Engagementstrategie sollen Hürden für ehrenamtlichen Einsatz abgebaut werden. Ein Engagementfördergesetz, das unter anderem auf die Vereinbarung von Beruf und Ehrenamt sowie die Anerkennung ehrenamtlicher Leistungen abzielt, wäre eine gute Lösung.

Ausbau der Freiwilligendienste

Der Freiwilligendienst ist ein Erfolgsmodell. Junge Menschen orientieren sich, bilden sich weiter und entwickeln Spaß und Motivation für ein Engagement in der Gesellschaft. Viele junge Menschen entscheiden sich nach ihrem Freiwilligendienst für einen sozialen Beruf, was angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels sehr erfreulich ist. In jedem Jahr stehen jedoch Bundesmittel für nur 100.000 Freiwilligendienst-Plätze zur Verfügung (Freiwilliges Soziales Jahr / Freiwilliges Ökologisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst und Internationale Freiwilligendienste). Zudem ist die finanzielle Grundlage nicht nachhaltig abgesichert, was schon heute zum Ausstieg von Trägern und Einrichtungen aus Freiwilligendienst-Programmen führt. Neue

Zielgruppen können so für den Freiwilligendienst nur schwer erreicht werden..

Lösungen:

- Ein gesetzlich geregelter Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz könnte mittelfristig eine Verdoppelung auf 200.000 Freiwilligenplätze bis ins Jahr 2030 ermöglichen.
- Ein gesetzlich geregelter Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz ermöglicht den Trägern eine verlässliche Finanzplanung und den Ausbau der Angebote.

Jugendsozialarbeit

Jugendsozialarbeit ermöglicht vielen jungen Menschen eine bessere Entwicklung. Sie erreicht gerade die jungen Menschen, die nicht so viele Chancen im Leben haben. Mit ihren Angeboten motiviert Jugendsozialarbeit junge Menschen zu Engagement, gibt ihnen Halt, schafft Raum zur Entfaltung, fördert den Übergang zu einem guten Berufsleben und gibt jungen Menschen Vertrauen in die Demokratie. Leider wird Jugendsozialarbeit aber oftmals nur prekär ausgestattet. Die langfristigen Folgen sind gravierend: Mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten können oftmals nicht mehr aufgeholt werden und belasten die Gesellschaft erheblich.

Lösungen:

- Das Angebot von Jugendsozialarbeit muss nachhaltig abgesichert werden. Mit einer besseren rechtlichen Verankerung der Jugendsozialarbeit in der Planung und Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe könnte Jugendsozialarbeit stabiler gestaltet werden (§ 79 SGB VIII).
- Träger brauchen Planungssicherheit. Programme und Projekte des Bundes wie die Jugendmigrationsdienste und die »Respekt Coaches«, die Integration und Demokratiebildung fördern, brauchen mehr finanzielle Verbindlichkeit.
- Bund, Länder und Kommunen sollten besser zusammenarbeiten, um gute Unterstützungsangebote gemeinsam zu ermöglichen.

Frauenrechte stärken

Frauen werden in vielen Bereichen benachteiligt. Sie haben geringere Einkommen und Vermögen, sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert und haben ein höheres Armutsrisiko, insbesondere, wenn sie alleinerziehend sind. Einer der Gründe ist, dass überwiegend Frauen schlecht oder nicht bezahlte Care-Arbeit übernehmen. Frauen sind auch im Bereich der Gesundheitsversorgung oftmals benachteiligt. Frauen und Mädchen sind außerdem in einem sehr hohen Maß von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Eine gezielte Förderung von Mädchen und Frauen unterstützt das Selbstvertrauen und die Selbstbestimmung und stärkt damit auch die Demokratie.

Lösungen:

- Die Frauenrechtskonvention und die Istanbul-Konvention müssen umgesetzt werden.
- Gesetzliche Rahmenbedingungen sollen eine partnerschaftliche Aufteilung von Pflege- und Sorgearbeit sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.
- Gesetze sollen dazu beitragen, dass gleichwertige Arbeit auch gleich bezahlt wird.
- Gesetzliche Maßnahmen und Förderprogramme müssen dazu beitragen, stereotype Rollenbilder aufzubrechen und Selbstbestimmung zu ermöglichen.
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss konsequent und an ihren Ursachen bekämpft werden. Einrichtungen, die vor Gewalt schützen und Frauen ein Leben ohne Gewalt ermöglichen, müssen finanziell abgesichert werden.

Soziale Infrastruktur sichern

Verlässliche soziale Unterstützung ist ein Wachstumsmotor für die Wirtschaft

Die sozialen Unternehmen der Freien Wohlfahrtspflege mit ihren mehr als zwei Millionen Mitarbeitenden gehören zu den größten Arbeitgebern in Deutschland. Für soziale wie für alle übrigen Berufe gilt: Berufstätigkeit erfordert die Sicherheit, dass betreuungsbedürftige Kinder oder pflegebedürftige Angehörige verlässlich versorgt sind. Diakonische Unternehmen bieten diese Sicherheit. Und sie unterstützen Menschen dabei, nach sozialen Notlagen wieder ins Berufsleben einzusteigen. Als gemeinnützige Organisationen engagieren sie sich auch in sozialen Bereichen, die für gewerbliche Anbieter unrentabel sind, zum Beispiel in der Obdachlosen- oder in der Suchthilfe.

Lösungen:

- Eine Digitalisierung, die Bürokratie abbaut, die Verfahren beschleunigt und die Nachweis-, Dokumentations- und Antragsprozesse vereinfacht, schafft Freiräume für die praktische Arbeit mit und für Menschen.
- Personalentwicklung und -bindung: Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass Ausbildungen innovativ ermöglicht werden, Mitarbeitende gewonnen und attraktive Arbeitsbedingungen geboten werden können.

Krisenfestigkeit – Voraussetzung für verlässliche soziale Unterstützung

Trotz Herausforderungen durch Corona, Energiekrise und Fachkräftemangel konnten diakonische Einrichtungen Menschen in Not bislang verlässlich unterstützen. Aber diese andauernde Belastung geht an die Substanz. Einrichtungen müssen ihr Angebots-Portfolio verkleinern, schließen oder werden insolvent. Die Ursachen sind vielfältig: Die rechtlichen Vorgaben für gemeinnützige Unternehmen setzen den Möglichkeiten zur Vorsorge gegen unternehmerische Risiken Grenzen. Es fehlt das Personal, um soziale Hilfen zu erbringen. Krankenkassen, Kommunen oder Kund:innen zahlen ihre Rechnungen verspätet oder gar nicht. Überbordende Bürokratie hindert die ohnehin gestressten Mitarbeitenden daran, für Menschen da zu sein.

Lösungen:

- Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege brauchen rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen im Sozial-, Gemeinnützigkeits- und Vergaberecht sowie in Förderprogrammen, mit denen sie flexibel auf die Herausforderungen der Zeit reagieren können.
- Liquiditätshilfen zur Überbrückung finanzieller Engpässe vermeiden Insolvenzen und stärken so die finanzielle Stabilität.

Soziale Arbeit klimaneutral gestalten

Pflegeheime, Krankenhäuser und Kitas brauchen ein Dach über den Köpfen. Fahrzeuge bringen Pflegedienste zu den Menschen im Kiez. Kinder, Patient:innen, Heimbewohner:innen und Mitarbeitende erhalten Verpflegung. Diese Aktivitäten hinterlassen einen ökologischen Fußabdruck, bieten jedoch auch die Chance, zur Klimaneutralität beizutragen.

Lösungen:

- Um eine klimaneutrale soziale Infrastruktur auf- und ausbauen zu können, braucht es Förderprogramme, die Investitionen in Klimaneutralität ermöglichen und es erlauben, soziale Arbeit klimafreundlich zu gestalten.
- Das Sozialrecht muss Nachhaltigkeit als maßgebliches Kriterium für die Bewertung und Refinanzierung anerkennen.